

Meldungen

**Sechs Familien nach Feuer ausquartiert**

Magdeburg (ha) • Nach einem Dachstuhlbrand in Magdeburg am Freitagnachmittag ist das Wohnhaus vorerst nicht bewohnbar. Sechs Familien wohnen bei Freunden oder in einer Ersatzwohnung. Die Polizei sucht noch nach der Brandursache. Eine Zeugin hat von Knallgeräuschen wie bei einem Feuerwerk berichtet, bevor das Feuer ausbrach. Der Schaden beläuft sich nach Angaben der Feuerwehr auf zirka 200 000 Euro.

**Fünf Gesichter fürs Schülerferienticket**

Magdeburg (ha) • Die fünf Gesichter der diesjährigen Plakatkampagne für das Schülerferienticket stehen fest. Am Freitagabend wurden in der Johanniskirche in Magdeburg Laura Jänicke (17) aus Hohenroddeleben, Robin Topf (16) aus Dessau-Roßlau, Maxi Rentz (16) aus Lutherstadt Wittenberg, Sebastian Köhler (17) aus Köthen sowie Dominik Blenua (18) aus Burg von einer Jury ausgewählt. 2126 Jugendliche hatten sich beworben.

**Vierjähriger verirrt sich im Schnee**

Bitterfeld-Wolfen (dpa) • Weil er im Schnee spielen wollte, hat sich ein vier Jahre alter Junge in Bitterfeld-Wolfen verirrt. Eine Funkstreife entdeckte das Kind am Sonntagabend ohne Begleitung. Da der Kleine seine Adresse nicht wusste, nahmen ihn die Polizisten kurzerhand mit auf die Dienststelle. Dort beichtete er, dass er am frühen Morgen aus der Wohnung geschlichen war. Er habe im Schnee spielen wollen. Die Polizisten versorgten ihn, ermittelten nach einigem Suchen seine Adresse und brachten ihn wohlbehalten zu seinen Eltern.

**Mann ausgeraubt und angeschossen**

Halle (dpa) • Ein Mann ist in Halle bei einem Straßenraub angeschossen und an der Hand verletzt worden. Der 44-Jährige kam in der Nacht zu Sonntagabend in ein Krankenhaus. Der Mann und ein 32-jähriger Begleiter waren zuvor von einer fünfköpfigen Personengruppe bedroht worden. Die Täter forderten Zigaretten und Bargeld. Als die beiden Hallenser sich weigerten, zog einer der Täter den Angaben zufolge eine Pistole und schoss mehrfach.

**Lastwagen verliert 13 000 Liter Milch**

Eckartsberga (dpa) • Bei einem Unfall auf glatter Straße im Burgenlandkreis sind 13 000 Liter Milch aus einem Lastwagen ausgelauten. Die flüssige Ladung sickerte in der Nacht zu Sonntag bei Eckartsberga in den Straßengraben. Der Anhänger war ins Rutschen gekommen und umgekippt, als der Fahrer des Lasters an einer Kreuzung bremste.

**Gefängnisse besser ausgelastet**

Magdeburg (dpa) • Mit der Schließung des Gefängnisses in Dessau-Roßlau sind Sachsen-Anhalts Gefängnisse besser ausgelastet. Vor der Schließung waren gut 75 Prozent der Haftplätze im Land belegt, jetzt sind es wieder 80 Prozent, teilte das Justizministerium mit. Zum Jahresende saßen 1573 Frauen und Männer ein, insgesamt gab es 1951 Plätze. Das Ministerium geht davon aus, dass sich der Trend zu sinkenden Haftlingszahlen nicht fortsetzt.



**Mekka für Motorrad-Fans**

Magdeburg (ha) • Nicht nur die Herzen männlicher Motorradfreunde ließen die Maschinen bei der Messe „Motorräder und Roller“ höher schlagen. Nele Lederer aus Weferlingen sitzt hier auf einer Aprilia Probe. Sie macht im Frühjahr ihren Führerschein und war mit Freund Marcel und ihren Eltern in die Messehallen Magdeburg gekommen, um sich schon einmal nach einem fahrbaren Untersatz umzuschauen.

Ihr taten es 12 000 Besucher gleich, die am Wochenende die neuesten Modelle namhafter Hersteller wie Harley Davidson, Ducati oder Kawasaki anschauten. Dazu erwarteten sie Shows mit den jüngsten Nachwuchsfahrern im Moto Cross sowie Fahrer Stefan Blank, der auf seinem Quad waghalsige Kunststücke vorführt. Neben Motorrädern konnten auch Roller, E-Bikes und Fahrräder ausprobiert und bei Gefallen gleich mitgenommen werden.

Foto: Stefan Harter

**„Ihr werdet uns nicht aufhalten“**

Die AfD fordert beim Parteitag in Wittenberg die Schließung der Grenzen und mehr Nationalstolz

Mit Attacken auf die etablierten Parteien hat die Alternative für Deutschland am Sonntagabend die heiße Phase ihres Landtagswahlkampfes eröffnet.

Von Hagen Eichler  
Wittenberg • AfD-Landeschef André Poggenburg präsentiert die AfD als Mitte-Rechts-Partei, die im Landtag konsequent für ihre Ziele kämpfen werde. Ausdrücklich wandte er sich gegen einen völkischen Nationalismus und setzte sich damit indirekt vom Thüringer Parteichef Björn Höcke ab. „Wir stemmen uns gegen Multikulti, aber das hat nichts mit biologischer Zugehörigkeit, sondern mit fehlender Integrationsbereitschaft zu tun“, sagte er mit Blick auf die muslimischen Flüchtlinge. Poggenburg lobte frühere Zuwanderergenerationen, die mit Fleiß etwas aufgebaut und sich integriert hätten.

**„Das muss mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.“**

Hans-Thomas Tillschneider

Der 41-Jährige klagte, seine Partei müsse verbale Anfeindungen, Ausgrenzung, bösartige Unterstellungen und tätliche Angriffe erdulden. „Darin zeigt sich die Schwäche der verbrauchten Systemparteien“, sagte er und rief in deren Richtung.

Bei dem Bildungssystem setze die Partei in ihrem Bestreben, den Nationalstolz zu heben. Das kündigte Hans-Thomas Tillschneider an, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bayreuth und Kandidat auf der Landesliste der AfD. Dem Bildungssystem fehle nicht mehr Geld, sagte Tillschneider, „sondern Mut zu sich selbst, zur nationalen Eigenart“. Er bezeichnete die Pisa-Tests an Schulen, die Umstellung der Hochschulen auf



AfD-Landeschef André Poggenburg: „Mit gesundem Nationalbewusstsein“

Foto: dpa

die Abschlüsse Bachelor und Master und das Vordringen der englischen Sprache in der Wissenschaft als von außen gesteuerte Attacken auf deutsche Bildung. „Dieses geistige Vernichtungswerk muss mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Nur wenn wir erhobenen Hauptes in unserer Sprache lehren und forschen, sind wir auch attraktiv für Studenten aus dem Ausland.“

Die AfD sieht sich selbst als Erneuerungsbewegung gegen die von ihnen attackierten „Kartellparteien“. AfD-Wahlkampfleiter Daniel Roi, Nummer zwei der Landesliste, schilderte seinen politischen Werdegang als Aufbegehren gegen die etablierte Politik. Vor zehn Jahren habe er miterlebt, wie die Landesregierung

den Protest gegen die kommunale Gebietsreform ignoriert habe. Vor 13 Monaten habe er mit Feuerwehrkameraden und Bürgermeistern vor dem Landtag gegen die Kürzung der Kommunalfinanzen protestiert, doch dafür nur den Spott des Ministerpräsidenten geerntet.

Reiner Haseloff (CDU) hatte damals gesagt, die Demonstration habe gezeigt, welche schöne Feuerwehrfahrzeuge die Kommunen angeschafft hätten.

Thematisiert wurden auch die sexuellen Übergriffe von Köln durch Nordafrikaner. Lydia Funke, Kreisvorsitzende im Burgenlandkreis, appellierte an alle Frauen, jeden Angriff und jede Belästigung anzuzeigen. Nötig seien ein sofortiger

Stopp des Zustroms und der Rücktritt der Bundeskanzlerin. Die AfD geht mit 36 Kandidaten auf ihrer Landesliste sowie mit Direktkandidaten in 37 von 13 Wahlkreisen in die Landtagswahl. Am Freitag hatte Sachsen-Anhalts AfD von der Landeswahlleiterin die Zulassung zur Wahl bekommen.

**Ein Beamter mit viel Zeit für die Partei**

Mit der Wahl von zwei unbesetzten Posten ist der AfD-Landesvorstand jetzt wieder vollständig. Gewählt wurde der Landwirt Hannes Loth aus Retzau (Anhalt-Bitterfeld), der dem Landesvorstand bereits früher einmal angehört hatte.

Die zweitmeisten Stimmen erhielt Jens Diederichs, der als Justizvollzugsbeamter in Halle arbeitet. Vor der Wahl wurde er gefragt, ob er neben seinem Amt als AfD-Chef in Mansfeld-Südharz einen weiteren Posten bewältigen könne. Kein Problem, beschied Diederichs. „Als Landesbeamter hat man die Zeit.“

Nicht durchsetzen konnten sich Hans-Thomas Tillschneider, der bereits im September den Sprung in den Landesvorstand verpasst hat, sowie der einstige kommissarische Landesvorsitzende Tobias Rausch. (he)

**Stopp des Zustroms und der Rücktritt der Bundeskanzlerin.**

Die AfD geht mit 36 Kandidaten auf ihrer Landesliste sowie mit Direktkandidaten in 37 von 13 Wahlkreisen in die Landtagswahl. Am Freitag hatte Sachsen-Anhalts AfD von der Landeswahlleiterin die Zulassung zur Wahl bekommen.

**Parteien wollen Abwasserstreit aussetzen**

Magdeburg (js) • Linke und SPD wollen die Abwasserverbände auffordern, den Streit um rückwirkende Kanalbeiträge aussetzen, bis eine Lösung nach der Landtagswahl gefunden ist. Die SPD stützt im Wesentlichen einen entsprechenden Vorstoß der Linken für die Landtagsitzung am Donnerstag. „Ich werde das auch meinem Koalitionspartner CDU heute so vorschlagen“, sagte SPD-Fraktionsvize Rüdiger Erben am Sonntag der Volksstimme. Das Innenministerium soll die Kommunalaufsichten anweisen, auf das Eintreiben der Beiträge jetzt zu verzichten.

Die CDU-SPD-Koalition hatte in Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine zehnjährige Verjährungsfrist für Beitragsbescheide beschlossen, die seit 1. Januar 2016 gilt. Auf Druck der Gemeinden war den Verbänden 2015 jedoch ein Jahr Zeit eingeräumt worden, alte Rechnungen zu verschicken. Mehr als 85 000 Haushalte bekamen Post. Sie sollen für weit zurückliegende Vorhaben zahlen, im Mittel geht es um 2000 bis 10 000 Euro. Betroffen sind vor allem Alt-Anschließer, deren Haus schon vor 1991 am Netz war, die aber an den Kosten des nach 1991 aufgebauten Kanalsystems noch nicht beteiligt wurden. Gegen die Bescheide legten Tausende Widerspruch ein. Würden die Verbände die abweisen, käme es zu einer Klagewelle. Ob der Landtag nach der Wahl das Gesetz zugunsten der Hauseigentümer ändert oder einen anderen Ausweg findet, ist offen.

**Höherer Dienst nur für höhere Semester**

Die Bologna-Reform sollte das Studium verkürzen – wer aber Spitzenbeamter werden will, braucht länger als vorher

Von Hagen Eichler  
Magdeburg • Mit einer beispiellosen Kraftanstrengung haben die deutschen Hochschulen in der sogenannten Bologna-Reform ihre Studiengänge umgestellt. Ziel war ein Regelabschluss nach nur drei Jahren, der Bachelor. Jetzt zeigt sich: Ausgerechnet der Staat als Arbeitgeber sieht den Bachelor skeptisch.

Für den höheren Dienst jedenfalls qualifiziert der Abschluss nicht. Das hat Sachsen-Anhalts Finanzministerium jetzt auf Volksstimme-Anfrage

bestätigt. Für eine Laufbahn als Top-Beamter brauchte es früher das Diplom, Regelstudienzeit meist vier Jahre. Mittlerweile ist es der Master, Regelstudienzeit: fünf Jahre. Wer direkt nach dem Studium in den höheren Dienst einsteigen will, muss die Hörsaalbanken also heute länger drücken als vor der Bologna-Reform.

Sachsen-Anhalts Finanzministerium, zuständig für das Beamtenrecht, hält das für richtig. „Die Qualitätssicherung hat oberste Qualität“, heißt es zur Begründung. Ein

Bachelor qualifiziere für eine Tätigkeit als Sachbearbeiter und für einfache Leitungstätigkeiten. Für die herausgehobene Leitungsebene sei der Master notwendig.

Die Wissenschaftsminister der Länder freilich hatten das ganz anders geplant. Der Bachelor sollte als Regelabschluss für den Beruf dienen. Das anschließende Master-Studium war für jene gedacht, die eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Die schwarz-rote Bundesregierung hatte sich sogar im Koalitionsvertrag vorge-



Armin Willingmann



Wolfgang Ladebeck

nommen, Bachelor-Absolventen auch den höheren Dienst des Bundes zu öffnen.

Dieses Vorhaben ist nun gescheitert. Bereits im Dezember hat sich die Innenministerkonferenz gegen eine Aufwer-

tung des Kurz-Studiums ausgesprochen. „Sachsen-Anhalt hat dem zugestimmt, da kein Grund ersichtlich ist, die bestehenden hohen qualitativen Anforderungen für den Zugang zum höheren Dienst zu verringern“, heißt es zur Begründung aus dem Innenministerium.

Für Hochschulabsolventen, die in den Staatsdienst streben, geht es um viel Geld. 2300 Euro zahlt Sachsen-Anhalt als Einstiegsgehalt in der Besoldungsgruppe A 9. Ein Master-Absolvent hingegen beginnt in A 13 mit 3600 Euro.

Die Hochschule Harz, die jährlich zwischen 140 und 250 Absolventen der Verwaltungswissenschaften entlässt, bedauert die Entscheidung. „Die Verlängerung der Ausbildung ist keine glückliche Entwicklung“, sagt Rektor Armin Willingmann. „Die Bologna-Reform wird in diesem Bereich nicht umgesetzt.“ Auch der Deutsche Beamtenbund sieht das kritisch. „Das passt überhaupt nicht zu dem, was die Kollegen dann als Besoldung bekommen“, sagt Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck.